



An den Vorsitzenden  
des Ausschusses Schule und Weiterbildung  
Herrn Dr. Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 03.09.2019

**AN/1142/2019**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Schule und Weiterbildung	09.09.2019
Stadtentwicklungsausschuss	05.12.2019
Bezirksvertretung 7 (Porz)	10.12.2019

**Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern!**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 09.09.2019 aufzunehmen:

**Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, im Planungsbereich Porz-Elsdorf, Urbach oder Eil Lösungen für eine frühzeitige und bedarfsgerechte Sicherung von Grundschulplätzen zu finden, damit zeitgleich mit der Bezugsfertigkeit der Wohnungsbauvorhaben südlich der Friedensstraße und an der Fuchskaule die benötigte Schulinfrastruktur zur Verfügung steht.

**Begründung:**

Die Verwaltung hat zur Sitzung der BV 7 (Porz) am 13.06.2019 mitgeteilt, für den Bebauungsplan Nr. 76380/03, Arbeitstitel „Südlich Friedensstraße“ in Köln-Porz-Elsdorf die Offenlage im zweiten Quartal 2019 durchzuführen. Hiermit soll ein Wohnbauvorhaben mit insgesamt rd. 259 Wohneinheiten planungsrechtlich gesichert werden. Die BV 7 hat sich mit Dringlichkeitsvotum (AN/0851/2019) gegen das Vorhaben in der vorgelegten Form ausgesprochen, da bei der geplanten Wohnungsverdichtung die schulische, soziale und verkehrliche Infrastruktur unzureichend sei.

Auf ein Wohnungsbauvorhaben dieser Größenordnung und mit 62% öffentlich geförderten Wohnungsbau kann nicht verzichtet werden, nur weil die vorgesehenen Erweiterungen der Schulkapazitäten baulich nicht umgesetzt werden. Der Bau von Wohnungen darf nicht von den Personalressourcen und den Prioritätensetzungen im Schulbau abhängig gemacht werden.

Daher fordert die SPD-Fraktion die Verwaltung auf, geeignete Flächen für einen Grundschulstandort zu finden, bis die unter M78, M79 und M80 in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2018 (Session-Nr. 3179/2018) vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt sind.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Schulausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss bis zum Ende des 4. Quartals 2019 vorzulegen.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Angesichts des Wohnungsnotstandes in der Stadt darf ein Wohnungsbauvorhaben dieser Größenordnung nicht länger hinausgezögert werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin